

zur debatte

2/2019

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



4
Fünf Thesen zur Altersarmut präsentierte Prof. Dr. Irene Götz



8
Oberbürgermeister Dieter Reiter klagt über die sichtbare Armut sogar in der reichen Stadt München



11
Den revolutionären Umbruch von 1917 bis 1919 beschreibt Prof. Dr. Andreas Wirsching



13
Abt Dr. Johannes Eckert OSB erläutert die Regeln des heiligen Benedikts zum Gehorsam



19
Prof. Dr. Thomas Quartier OSB verortet die innere Suche des Menschen bei den Klöstern



26
Unsere ökologische Verantwortung hebt Abt Dr. Beda Maria Sonnenberg OSB ins Bewusstsein



29
Die mündliche Überlieferung des Evangeliums ist das Thema von Clara-Elisabeth Vasseur



37
Kardinal Reinhard Marx würdigt den Religionsphilosophen Romano Guardini

Helfen Spenden, die Armut zu bekämpfen?

70 Jahre Adventskalender der Süddeutschen Zeitung



alamy-stock/Prisma Allgöwer Walter

Besonders bei jüngeren Kindern führt Armut zu Vereinsamung und Ausgren-

zung – ihre Entwicklungschancen werden stark beeinträchtigt.

Knappe Thesen und eine lebhafte Diskussion standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Helfen Spenden, die Armut zu bekämpfen?“ am Abend des 13. September 2018. Gemeinsam mit der Süddeutschen Zeitung behandelte die Katholische Akademie in Bayern ein ernstes Thema: Armut von Kindern und alten Menschen in

der reichen Stadt München. Anlass war, dass 2018 der Adventskalender der Süddeutschen Zeitung zum 70. Mal um Spenden für gute Werke bat. Die Hilfsaktion hat in den sieben Jahrzehnten ihres Bestehens rund 150 Millionen Euro eingenommen und an Bedürftige verteilt.

Fünf Thesen zur Kinder- und Familienarmut

Sabine Walper

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen, vielen herzlichen Dank, erstens, dass dieses Thema gewählt wurde, zweitens, dass ich etwas dazu sagen darf, und drittens, dass Sie hier sind und sich für dieses Thema interessieren und stark machen.

I. Facetten der Armut

Das Thema Armut lässt uns leider nicht los. Trotz aller politischen Bemühungen ist es nicht gelungen, Armut in Deutschland wirkungsvoll einzudämmen. Dazu tragen verschiedene Trends bei, auf die ich gleich eingehen will. Aber zunächst müssen wir natürlich klären, was Armut überhaupt ist. Worüber reden wir? Blickt man zurück in die 1980er Jahre, so fällt auf, dass damals das Problem der Arbeitslosigkeit stark im Fokus stand – ein wesentlicher Grund für Sozialhilfebedürftigkeit, die gleichwohl als bekämpfte Armut galt. Damals war es jedoch noch nicht üblich, über relative Armut zu sprechen. Selbst noch Ende der 1990er Jahre, als im Kinder- und Jugendbericht das Thema Kinderarmut deutlich angesprochen worden ist, hatten viele nur das Bild von absoluter Armut vor Augen: Armut ist da, wo das Essen nicht reicht, wo die Wohnung nicht geheizt werden kann, wo man vielleicht gar keine Wohnung hat – diese ganz objektiven, zum Teil auch durchaus lebensbedrohenden Entbehrungen wurden als Armut gesehen.

Das wäre heute ein verengter Blick. Inzwischen ist die Botschaft überall angekommen: Das, worüber wir zu reden haben, ist relative Armut – die Entbeh-



Prof. Dr. Sabine Walper, Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts, München

rungen, die jemand in einer relativ wohlhabenden Gesellschaft hinnehmen muss, weil er nicht wie andere teilhaben kann an dem Wohlstand der Gesellschaft. Vor allem geht es in diesem Zusammenhang um Einkommensarmut, relative Einkommensarmut oder das Armutsrisiko, das diejenigen betrifft, die über weniger als 60% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in einem Haushalt verfügen. Hierbei wird das Pro-Kopf-Einkommen gewichtet nach

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Krise der Kirche hat viele Facetten. Manche davon sind der gesellschaftlichen Großwetterlage oder der „Gotteskrise“ geschuldet. Andere Facetten sind hausgemacht. Die MHG-Studie zum Missbrauch hat abscheuliche Verbrechen aufgezeigt und kommt zu dem Schluss, dass der Missbrauch auch systemische Ursachen hat. Der Weg heraus führt also außer über Opferhilfe, Prävention und Strafverfolgung auch über strukturelle Reformen. Wie diese aussehen sollten, wird in der Kirche zur Zeit engagiert diskutiert. Für viele bestätigt sich heute ihr seit Jahrzehnten erschallender Ruf nach Reformen im Bereich der Kirchenverfassung, der Sexualmoral, des Amtsverständnisses, des Zölibats oder der Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche. Andere gemahnen zur Vorsicht und warnen vor der Aufgabe kostbarer Traditionen, deren ursächlicher Zusammenhang mit dem Missbrauch unklar sei. Eines ist spätestens seit dem Treffen der Bischöfe in Lingen sicher: Die Debatte wird jetzt offen und angstfrei geführt. Und bei aller Meinungsverschiedenheit ist doch allen klar, dass nun auch konkrete Maßnahmen folgen müssen und es nicht einfach weitergehen darf wie bisher.

Die Katholischen Akademien im deutschsprachigen Raum verstehen sich als die bevorzugten Orte, um solche konstruktiven Debatten zu führen. Das ist schließlich ihr Gründungsauftrag. Sie werden deshalb unter dem Titel „Strukturen des Missbrauchs überwinden“ in den kommenden Wochen deutschlandweit gemeinsame Anzeigen schalten, um auf dutzende Veranstaltungen hinzuweisen, zu denen sie flächendeckend im ganzen Land einladen.

Die Katholische Akademie in Bayern ist dabei gleich mehrfach aktiv: Auf zwei internen Treffen unserer Hochschulkreise geht es um das „Schreckgespenst Amerika – Die Missbrauchskrise und die rivalisierenden kirchenpolitischen Kräfte“ (mit Prof. Dr. Thomas Schärfl-Trendel am 15. Mai in Regensburg) und um das Thema „Ecclesia, quo vadis? Zwischen Tradition, Skandalen und authentischem Glauben“ (mit Bischof Dr. Stefan Oster am 21. Mai in Passau).

Hier in München veranstalten wir am 23. Juli eine öffentliche „Denkwerkstatt“, mit der wir zugleich neue Methoden testen möchten, um mehr Diskurs und Partizipation zu ermöglichen. Das haben Sie uns schließlich in den Umfragen bei meiner Amtseinführung als dringenden Wunsch mit auf den Weg gegeben. Unter dem Titel „Die Rückkehr der Reformdebatte“ werden wir drei unterschiedliche Reformansätze auf den Prüfstand stellen: Prof. Dr. Hubert Wolf mit seinem historischen Ansatz, Prof. Dr. Daniel Bogner mit einem rechtstheoretischen Ansatz und Prof. Dr. Johanna Rahner, die über die dogmatische Seite in einem ökumenischen Kontext reflektiert. Es wird – gerahmt durch Vesper, Imbiss und Komplet – Impulsvorträge über die Denkansätze, ein Podiumsgespräch und viel Zeit bei Wein und Brot für die Diskussion im Publikum geben. Eine spezielle Einladung zu dieser Veranstaltung geht Ihnen allen auf den üblichen Wegen zu, aber vielleicht mögen Sie sich den Termin ja schon einmal notieren.

Ihr



Dr. Achim Budde,
Akademiedirektor

dem Bedarf, der seinerseits festgemacht wird an der Haushaltszusammensetzung, wobei auch der Vorteil des gemeinsamen Wirtschaftens in einem Haushalt einbezogen wird.

Dieses Armutsrisiko hat sich für Kinder und Jugendliche nicht wesentlich verändert, selbst wenn wir die Sozialhilfestatistik heranziehen, die strengere Kriterien anlegt. Das, was die Sozialhilfebemessungsgrenzen zu Grunde legen, entspricht in etwa dem, was man hat, wenn man nur über 40% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens verfügt. Welches Kriterium man auch heranzieht: In beiden Fällen müssen wir feststellen, dass Kinder und Jugendliche in dieser Gesellschaft ein erhöhtes Risiko haben, in Armut zu leben, also hinsichtlich der Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand außen vor zu bleiben. Das Problem ist alles andere als neu: Schon Ende der 1980er Jahre hat die Sozialhilfestatistik offenbart, dass der Spruch „Armut ist weiblich, alt und kinderreich“ nur noch bedingt gilt. Altersarmut war damals deutlich weniger verbreitet als Kinderarmut und kommt erst jetzt wieder stärker auf uns zu. Angesichts der überproportional hohen Armutsbetroffenheit von Kindern, vor allem der Kleinkinder, wurde zu der Zeit erstmals von der „Infantilisierung der Armut“ gesprochen. Das ist ein Problem, mit dem wir uns immer noch herumschlagen.

Wenn man die Trends über die vergangenen zehn Jahre betrachtet, dann bedrückt, wie wenig sich in positive Richtung verändert hat. Im Gegenteil müssen wir sogar wieder einen leichten Anstieg der Armutsquoten verzeichnen. Rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche – das sind 20% aller Minderjährigen – sind von Armut bedroht, und unter Familien mit Kleinkindern ist der Anteil noch sehr viel höher. Jede fünfte dieser Familien lebt von Hartz IV und ist damit von der Sozialhilfe, von Transferzahlungen abhängig. Bedenklich ist, dass wir in der gleichen Zeit einen guten Aufschwung im Arbeitsmarkt erlebt haben – festgemacht an der Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse. Insofern würde man vermuten, dass nun mehr Leute in Lohn und Brot gekommen sind, so dass es doch gelungen sein müsste, die Armut zu bekämpfen. Allerdings haben vor allem Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor zugenommen, die mit ihren prekären Beschäftigungsverhältnissen keine stabile Basis für Familien bieten. Das betrifft nicht zuletzt junge Familien mit geringen Bildungsressourcen, Zugewanderte und Alleinerziehende.

Armut muss keine dauerhafte Lebenslage sein. Die Zeitdimension kann jedoch in den meisten Statistiken nicht angemessen in den Blick genommen werden. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die jetzt vor kurzem erschienen ist, hat sich dieser Frage angenommen und die Verlaufsdaten der Einkommenssituation von Familien untersucht. Die Auswertungen zeigen, dass immerhin 21% der Kinder durchaus von dauerhafter und wiederkehrender Armut betroffen sind. Das ist eine wichtige Erkenntnis, denn lange wurde davon ausgegangen, dass der Großteil der Armut vorübergehend ist und überwunden wird, weil die Betroffenen mit der Zeit Arbeit bzw. eine besser bezahlte Arbeit finden. Das sieht nicht mehr so aus. Wir müssen eher eine Verfestigung von Armutslagen verzeichnen, die gerade Kinder betrifft. Und das, obwohl gerade diese chronischen Armutslagen die gravierendsten Folgen haben, die die Lebensverläufe und Entwicklungschancen von Kindern langfristig überschatten.



OB Dieter Reiter mit Johanna Hofmeir, Leiterin der Initiative „Lichtblick Hasenberg!“, einer Institution der katholischen Jugendfürsorge, die oft als Partner

des Adventskalenders fungiert: Johanna Hofmeir ist auch Mitglied im Allgemeinen Rat der Katholischen Akademie in Bayern.

II. Gründe für Armut

Wenn man untersucht, wer ein besonders hohes Armutsrisiko hat, dann überraschen die Befunde nicht: Es sind vor allen Dingen diejenigen Männer und Frauen, denen die Qualifikationen für eine besser bezahlte berufliche Tätigkeit fehlen, und diejenigen, die gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, die also erwerbslos geblieben sind. Auch zugewanderte Familien haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko; ihnen fällt der Zugang zum Arbeitsmarkt immer noch merklich schwerer, gerade auch der Zugang zu besser bezahlten Berufen. Viele sind in eher prekären Arbeitsverhältnissen. Aber daneben gibt es auch familienstrukturelle Merkmale, die in besonderem Maße in die Waagschale fallen – Aspekte der Familiensituation, die nichts mit der beruflichen Qualifikation zu tun haben, wohl aber mit den Erwerbsmöglichkeiten derer, die auch für Kinder sorgen, mit der Logik unseres Steuersystems, das Verheiratete stärker entlastet als Alleinerziehende, und mit der Komplexität von familienbezogenen Leistungen, die viele nicht überblicken und daher nicht in Anspruch nehmen.

Alleinerziehende haben unter allen Familienformen das höchste Armutsrisiko; 44% der Alleinerziehenden sind von Armut betroffen. Das ist auch in München nicht anders. Wenn wir das strengere Sozialhilfekriterium hernehmen, dann sind in München die Alleinerziehenden, die ein oder zwei Kinder haben, zu 35% auf Sozialhilfe angewiesen, und diejenigen, die drei Kinder haben und mehr, fast doppelt so häufig – eine gravierende Benachteiligung, die sich aus vielen Besonderheiten des Steuer- und Sozialrechts zusammensetzt, aber auch der oft prekären Unterhaltssituation geschuldet ist, etwa dann, wenn der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt.

Wir wissen, dass in vielen Fällen nur unzureichend oder gar kein Unterhalt geleistet wird, zum Teil, weil auch der unterhaltspflichtige Elternteil von Armut betroffen ist. Es ist nicht immer nur der schlechte Wille. Das ist ein Problem, das hoffentlich mit dem mittlerweile verbesserten Unterhaltsvorschuss eingedämmt wird, bei dem wir aber auch mit einer Vereinfachung der familienbezogenen Leistungen und Anpassungen im Steuer- und Sozialrecht weiterkommen müssen. Welche Maßnahmen am besten geeignet sind, gute Teilhabe-

chancen für Familien und Kinder zu sichern, ist auf politischer Ebene intensiv in der Diskussion.

Auch kinderreiche Familien haben nach wie vor ein erhöhtes Armutsrisiko. Blickt man in die Statistik, so erscheint es weniger bedenklich hoch als unter Alleinerziehenden. Rund 25% der Familien mit drei und mehr Kindern sind von Armut bedroht – ein Anteil, der allerdings auch deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt. Für kinderreiche Familien fällt das Armutsrisiko nicht ganz so gravierend aus, weil die Kinder in der Berechnung dessen, was das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist, nur sehr begrenzt in die Waagschale fallen. Kinder bekommen nur ein kleines Gewicht bei der Berechnung des bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens. Ob das noch unseren Lebensverhältnissen entspricht, ob nicht auch Kinder erhöhten Konsumbedarf haben, um teilzuhaben in unserer Gesellschaft – das muss man mit einem großen Fragezeichen versehen. Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Notburga Ott und Prof. Dr. Martin Werding, haben sich das genauer angeschaut und gute Argumente dafür geliefert, dass unsere Schätzmodelle für den Bedarf eines Haushalts und für Armut neu justiert werden müssen.

Was nicht zu übersehen ist, sind familienstrukturelle Ungleichheiten im Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch im Zugang zu einer existenzsichernden Arbeit. Wir haben einen zunehmenden Anteil der sogenannten „working poor“ zu verzeichnen: Familien mit erwerbstätigen Eltern, die trotzdem nicht ein existenzsicherndes Einkommen nach Hause tragen, mit dem sie den Bedarf ihrer Familie decken könnten. Das ist fraglos ein Problem, das dringend angegangen werden muss und mit dem Mindestlohn, Kinderzuschlag sowie verbesserten Erwerbsmöglichkeiten durch den Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote auch angegangen wurde. Gleichzeitig ist es unabdingbar, die Wirksamkeit der Reformen, die auf den Weg gebracht worden sind, aufmerksam zu verfolgen. Das gilt etwa für die Reform des Unterhaltsrechts, die sehr darauf setzt, dass Frauen nach einer Trennung sehr schnell auf dem Arbeitsmarkt ein tragfähiges Einkommen erwirtschaften und somit für sich selber sorgen können. Wie realistisch das ist in einem Land, in



SZ-Geschäftsführer Dr. Karl Ulrich (li.) und die beiden ebenfalls anwesenden Chefredakteure Wolfgang Krach (3.v.li.) und Kurt Kister (re.) betonten die Wichtigkeit des SZ-Adventskalenders, der in Fällen von Not und Armut oft

helfen konnte. Dem konnte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (2.v.l.) nur freudig zustimmen. Zwischen den beiden Chefredakteuren saß Annette Krügel, die Witwe des im Frühjahr 2018 plötzlich verstorbenen SZ-Lokalchefs

Christian Krügel, der die gemeinsame Veranstaltung von SZ und Katholischer Akademie noch angestoßen und mit vorbereitet hatte.

dem Mütter überwiegend in Teilzeit erwerbstätig sind, scheint fraglich. Noch leben Zwei-Eltern-Familien in Deutschland mehrheitlich das sogenannte modernisierte Ernährermodell, wobei der Mann den entscheidenden Anteil des Geldes nach Hause bringt und die Frau den größeren Teil der Familienarbeit übernimmt, lediglich in Teilzeit erwerbstätig ist und ihre Karriere hintenanstellt.

Ein großer Hoffnungsträger für Alleinerziehende ist die Reform des Unterhaltsvorschlusses, der nicht mehr zeitlich begrenzt ist und auf alle Kinder unter 18 Jahren ausgeweitet ist. Das könnte viele Alleinerziehende entlasten. Aber auch hier wird zu prüfen sein, ob dieser Unterhaltsvorschuss hinreichend in Anspruch genommen wird. Es kann durchaus gute Gründe geben, auf den Unterhaltsvorschuss zu verzichten, etwa, wenn vermieden werden soll, dass die Behörden versuchen, das Geld beim anderen Elternteil einzutreiben – ein Punkt, der alte Konflikte wieder auflodern lassen kann.

Insgesamt haben wir ein äußerst komplexes System von Leistungen, die Familien in Anspruch nehmen können – mehr als 150 verschiedene Leistungen, die für unterschiedliche Zielgruppen an unterschiedlichen Stellen relevant sein können. Es verwundert nicht, wenn den jeweils berechtigten Familien der Überblick fehlt.

III. Folgen der Armut

Zahlreiche Studien zeigen, dass Armut viele Belastungen für Kinder und Jugendliche mit sich bringt. Das reicht von Nachteilen für ihre kognitive Entwicklung über verminderte Bildungschancen bis hin zu Belastungen ihrer Gesundheit. Wir wissen, dass diese Nachteile nicht erst dann greifen, wenn die Kinder alt genug sind, um ihre ungünstige Position in dieser Gesellschaft zu erkennen. Nachteile zeigen sich schon sehr früh, schon in den ersten Lebensjahren. Und gerade die Armut in den allerersten Lebensjahren birgt langfristig die stärksten Risiken für die

Entwicklung der Kinder. Sie übertreffen noch die Folgen von Armut im Jugendalter, obwohl man denken könnte, dass es in diesem späteren Alter deutlich mehr weh tut, wenn man nicht mithalten kann mit den Gleichaltrigen. Diese sozialen Vergleiche sind durchaus für die Kinder und Jugendlichen sehr belastend. Aber das, was in der frühen Kindheit passiert, stellt langfristig Weichen. Und diese Weichen sind oft nicht nur Weichen für die Kinder, sondern für die ganze Familie.

Damit komme ich zu dem, was Armut für Kinder besonders belastend macht. Es liegt auf der Hand, dass all die Entbehrungen, die Armut mit sich bringt – etwa nicht mit den anderen ins Kino gehen zu können, nicht in das Spaß-Schwimmbad, das unerschwinglich teuer ist, nicht zu einem Event-Kindergeburtstag einladen zu können und nicht die Markenkleidung zu tragen – das Leben von Kindern in Armut prägen. Diese Entbehrungen im Familienalltag und in den Teilhabemöglichkeiten der Kinder sind für sich genommen schon ein Problem, auch wenn sich viele Eltern in Armut sehr bemühen, nicht an den Kindern zu sparen, d.h. die Kinder möglichst wenig spüren zu lassen, wie knapp die Finanzen sind. Was aber mindestens ebenso belastend ist und häufig den eigentlichen „Transmissionsriemen“ liefert, über den sich Armut nachteilig auf die Kinder auswirkt, das ist das schleichende Gift, das Armut vielfach in die Familie hineinträgt: die Existenzängste und Zukunftssorgen der Eltern, die oft nicht mehr weiter wissen und das Gefühl haben, zu versagen, weil sie ihren Kindern nicht das bieten können, was sie brauchen; die Folgen, die das für Partnerschaftsbeziehungen hat, in denen sich Konflikte häufen und auch häufiger destruktiv ausgetragen werden. Oft schwappen diese Belastungen des Familienklimas letzten Endes auch über in die Eltern-Kind-Beziehung und in das Erziehungsverhalten der Eltern – also in jenen Bereich des Familienlebens, der für das Wohlergehen und

die Entwicklungschancen der Kinder besonders bedeutsam ist.

Es ist anspruchsvoll, Kinder großzuziehen. Jeder, der Kinder hat, weiß das. Vermutlich kennen alle Eltern Situationen, die ihre Nerven an den Rand der Belastbarkeit gebracht haben. Sei es die lange Nacht, in der das Kind nicht schlafen konnte und nur geweint hat, sei es das Quengeln im Stau auf der Autobahn, der Wutausbruch im Supermarkt, die Fünf im Zeugnis. Solche Situationen stellen Eltern immer wieder auf die Probe, machen es schwer, die Ruhe zu bewahren und hinterlassen uns oft ratlos. Solche Situationen gut zu meistern ist umso schwerer, wenn man zusätzlich mit Existenznöten zu kämpfen hat, nicht weiß, wie man über die Runden kommt, und zweifelt, was man seinem Kind überhaupt mitgeben kann.

IV. Maßnahmen gegen Armut

Die meisten Eltern in Armutslagen bemühen sich nach Kräften, Nachteile der Kinder zu begrenzen. Es ist ihnen ein großes Anliegen, ihre Kinder gut aufwachsen zu lassen und ihnen möglichst wenig Verzicht abzuverlangen. Die Kinder sollen nicht spüren müssen, was es bedeutet, arm zu sein. Entsprechend sparen die Eltern als erstes bei sich selbst. Das gerät oft aus dem Blick, erst recht, wenn strukturelle Hürden als persönliches Versagen oder Bequemlichkeit missverstanden werden. Nicht selten haben Familien in Armut neben den erschwerten finanziellen Lebensbedingungen und den damit verbundenen Sorgen und Entbehrungen auch mit Stigmatisierung zu kämpfen. Je größer die sozialen Unterschiede sind, desto deutlicher ist das Gefühl, nicht dazuzugehören.

Insofern brauchen Eltern und Kinder in Armut unsere Unterstützung an vielen Fronten. An der finanziellen Front, aber auch gerade da, wo es darum geht, Familien in das Gemeinwesen zu integrieren und von innen her zu stabilisieren, so dass Eltern das nötige Selbstvertrauen und die Überzeugung gewinnen, zum

Themen „zur Debatte“

Editorial	2
Helfen Spenden, die Armut zu bekämpfen? 70 Jahre Adventskalender der Süddeutschen Zeitung	
Fünf Thesen zur Kinder- und Familienarmut Sabine Walper	1
Fünf Thesen zur Altersarmut Irene Götz	4
Armut in der Stadt. Ein Gespräch zwischen Oberbürgermeister Dieter Reiter, Irene Götz und Sabine Walper Moderation: Nina Bovensiepen	6
Moskau. München. Berlin Der revolutionäre Umbruch von 1917 bis 1919 Andreas Wirsching	11
Akademiegespräch mit Offizieren der Bundeswehr Gehorsam als Führungsinstrument Impulse aus der Regel des heiligen Benedikt Abt Johannes Eckert OSB	13
Seelsorge anders? Das Potenzial der Klöster Klösterliche Seelsorge – Erfahrungen und Erwartungen einer Diözese Lorenz Kastenhofer	17
Raum für Gottsucher – Kontemplative Klöster als pastorale Keimzellen Thomas Quartier OSB	19
Hybride Seelsorge. Unterwegs in kirchlich untypischen Räumen Jakobus Kaffanke OSB	22
Was? Bei Ihnen gibt es keine Mangos? Vom ökologischen Fußabdruck in der Seelsorge Beda Maria Sonnenberg	26
Unterirdische Energiespeicher	28
Das Evangelium ist kein Buch! Lernen mit Leib und Seele in den Fußstapfen von Marcel Jousse SJ (1886 – 1961)	
Der Ansatz von Marcel Jousse SJ aus anthropologischer und philosophischer Sicht Clara-Elisabeth Vasseur	29
Die Rezeption der wissenschaftlichen Arbeit von Marcel Jousse Weihbischof Johannes Bündgens	33
Gedenkgottesdienst Romano Guardini Einführung und Predigt beim Gedenkgottesdienst anlässlich des 50. Todestages von Romano Guardini Reinhard Kardinal Marx	37
Brahms-Requiem Musik und Theologie des Werks 150 Jahre nach der Uraufführung Michael Hartmann	39
Walter Raum – Wund-Bilder Eine Einführung Wilhelm Christoph Warning	45
Impressum	28

Wohlergehen der Kinder und der Familie beitragen zu können. In diesem Bereich sind komplexe Beratungsangebote, die Haushaltsplanung, Schuldnerberatung, Familienbildung und Erziehungsberatungen zusammenzubringen.

Nicht zuletzt brauchen wir außerfamiliäre Angebote, die den Kindern weitere Erfahrungsräume eröffnen und dazu beitragen, soziale Ungleichheit abzubauen. Diese Lektion haben wir sehr deutlich gelernt: Armutsbekämpfung innerhalb der Familie, die darauf abzielt, Probleme abzubauen und Eltern zu stärken, ist von zentraler Bedeutung, aber nur ein Bein, auf dem man noch keinen sicheren Stand gewinnt. Vieles von dem, was Kinder für die Entfaltung ihrer Potenziale brauchen, was sie an altersgerechten Anregungen benötigen, um in ihrer Bildungslaufbahn voranzukommen, um positive Beziehungen zu Gleichaltrigen zu erleben, ist etwas, was auch und gerade im außerfamiliären Bereich vermittelt werden muss. Dieses zweite Standbein, das Kita, Schule und die Jugendarbeit bieten, ist von nicht minder zentraler Bedeutung.

Es ist zunehmend anerkannt, dass der Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung der Kinder unter 3 Jahren große Chancen birgt, gerade für Kinder, die in benachteiligten Elternhäusern aufwachsen. Insbesondere in dieser Gruppe finden sich Vorteile einer frühen, qualitativ hochwertigen außerhäuslichen Betreuung. Allerdings nehmen sozial benachteiligte Eltern diese Angebote noch seltener in Anspruch. Deshalb kommt es darauf an, den Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote weiter voranzutreiben, Zugangswege zu ebnen und auch diese Familien stärker zu motivieren, entsprechende Angebote zu nutzen. Damit allein ist es jedoch noch nicht getan.

Entscheidend ist auch die Qualität der Angebote, die vielfach noch begrenzt ist. Kitas und Schulen können jedoch nur dann eine wirkungsvolle Kompensationsfunktion übernehmen, wenn sie eine gute Qualität aufweisen. Wir wissen, dass Qualität nicht nur Strukturqualität ist. Es kommt nicht nur darauf an, wie gut die Personal- und Raumausstattung ist. Für die Kinder bedeutsamer sind die Ausgestaltung von Beziehungen und die Interaktion, in die sie eingebunden werden, die Vermittlung anregungsreicher Erfahrungen sowie die Sensibilisierung des Personals für ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Potenziale.

Nicht zuletzt macht sich die Qualität von Bildungs- und Betreuungsinstitutionen auch daran fest, inwieweit es ihnen gelingt, eine tragfähige, vertrauensvolle Kooperationsbeziehung mit den Eltern einzugehen. Eine solche Erziehungs- und Bildungspartnerschaft, die Eltern einbezieht und den wechselseitigen Austausch erleichtert, steht vor allem im Dienste der Kinder, erleichtert aber auch Fachkräften und Eltern die Arbeit. Dies ist sicherlich eine unserer größten Herausforderungen, denn gerade sozial benachteiligte, armutsbetroffene Eltern haben oft ungünstige Erfahrungen mit staatlichen Institutionen gemacht. Entsprechende Vorbehalte gegenüber deren Vertreter/innen sind im Kita-Bereich meist noch begrenzt, aber die Schule ist für viele Eltern ein schwieriges Terrain, nicht nur, wenn sie an eigene Misserfolge erinnert. Umso mehr sind gerade in diesem Bereich Anstrengungen um eine gute Kooperation notwendig, damit Bemühungen der Schulen zur Förderung der Kinder nicht ins Leere laufen, sondern Eltern mitgenommen werden und umgekehrt die Lehrkräfte von deren Erfahrungen profitieren können. Nur so lassen sich Synergien schaffen, die für die Kinder hilfreich sind.

Man sieht: Es gibt noch viel zu tun. Es bleibt zu hoffen, dass viele mit anpacken. □

Fünf Thesen zur Altersarmut

Irene Götz

Grüß Gott zusammen. Ich freue mich sehr, dass ich heute die Möglichkeit habe, dank der Einladung und des Rahmens, der durch den Adventskalender der guten Werke bzw. dessen Jubiläum gegeben ist, Sie mit dem Thema Altersarmut zu konfrontieren, Altersarmut in München.

I. Die Verborgenheit der Altersarmut

Bevor ich damit systematischer beginne und auf meine fünf Thesen komme, möchte ich zunächst einmal ein paar Beispiele geben und auch erläutern, wie ich zu diesem Thema gekommen bin, als gut dotierte Universitätsprofessorin, die ja normalerweise im Alltag damit nicht konfrontiert ist. Ich habe mich einfach vor vier, fünf Jahren gefragt, wie man in München als Alleinstehende/r, vor allem als alleinstehende Frau, von einer Rente, die deutschlandweit durchschnittlich um die 700 Euro beträgt – in München ist es zum Teil bei Neurentnerinnen etwas besser – überhaupt leben kann, wenn eine Einzimmerwohnung in der Regel mindestens genauso viel kostet. Das konnte ich mir nicht vorstellen, ich kannte auch niemanden, weil – da sind wir beim ersten Thema – Altersarmut häufig tabu ist und unsichtbar. Ich wollte hineinleuchten in Fälle, ich wollte wissen, was hinter dieser Fassade steht, was wir häufig überhaupt nicht wahrnehmen.

Das war der Ausgangspunkt für ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der LMU finanziertes Forschungsprojekt, das ich die letzten vier Jahre mit meinem Team durchgeführt habe, und zwar kein quantitatives Projekt, bei dem wir Statistiken ausgewertet haben, sondern wir sind als Europäische Ethnologinnen zu den Leuten gegangen, über die Alten- und Servicezentren, die es in München als Sonderfall in beispielhafter Weise gibt, in die offene Nachbarschaftshilfe, zu Schuldnerberatungen, aber auch in die kirchlichen Altenhilfen, und haben mit Leuten in diesen Einrichtungen gesprochen oder auch Interviews bei ihnen zuhause geführt. Wir wollten wissen, wie speziell Frauen im Rentenalter, die alleine leben, zurechtkommen und daraus ist jetzt ein Sachbuch („Kein Ruhestand! Wie Frauen mit Altersarmut umgehen“) im Kunstmann Verlag mit rund 20 biografischen Porträts entstanden (siehe **Kasten**).

Ein paar Beispiele aus unseren Porträts seien hier angeschnitten: Die ehemalige Versicherungsangestellte Monika Tegt – das ist selbstverständlich ein Pseudonym –, 68 Jahre alt, muss nach 40 Jahren Berufstätigkeit abends in einem Callcenter im Akkord telefonieren. Ihre Rente von rund 900 Euro – das war im Jahr 2015 – war ein paar Euro zu hoch, um aufstockende Grundsicherung im Alter zu beantragen. Ihre Tochter übrigens wusste nicht, wie knapp es bei ihr ist. Monika Tegt gehört zu den rund 15% der über 65-Jährigen, die in München derzeit im Alter zu ihrer Rente hinzuverdienen, Tendenz steigend. Monika Tegt sagte uns im Gespräch, wie kraftzehrend diese Arbeit ist, und sie fragt sich, was sein wird, wenn sie einmal nicht mehr kann.

Sicher, für manche Ältere ist Weiterarbeiten nicht nur Last, sondern auch Lust, eine Form von Teilhabe, Erfahrungen weitergeben, Gebrauchtwerten im



Prof. Dr. Irene Götz, Professorin am Institut für Empirische Kulturwissenschaften und Europäische Ethnologie der LMU München

Ehrenamt oder auch bei der Enkelbetreuung. Hier geht die soziale Schere auseinander. Wer darf noch tätig sein, wer kann es gesundheitlich noch, oder aber wer muss nach der Rente weiter verdienen, kann es aber vielleicht gar nicht, weil sie oder er zwangsverrentet wird in ihrem/seinem Angestelltenverhältnis? Oder wer ist körperlich vielleicht sogar zu verbraucht? Denken Sie an die Krankenschwestern oder die in den Rentendebatten immer wieder erwähnten Dachdecker nach 45 Berufsjahren.

Die 85-jährige ehemalige Hausmeisterin Mariana Dovan, eine der Frauen, die wir für unser Projekt interviewt haben, erhält 220 Euro Rente. Sie weiß nicht, wie sie ihre aufgetragenen Winterschuhe reparieren lassen soll – hier ist sie auf Spenden angewiesen, die sie über die offene Altenhilfe in ihrer Nachbarschaft vermittelt bekommt – das Sozialamt ist für solche Extra-Anschaffungen bei Grundsicherung im Alter, die Frau Dovan bezieht, nicht zuständig, bzw. vergibt Darlehen für Anschaffungen. Der Kühlschrank darf nicht kaputtgehen – wie will man ein Darlehen denn zurückzahlen?

Ein weiteres Beispiel: Traudel Heller, frühere Bürokräftin, Anfang 70, geriet nach der Scheidung und nach dem Aufbau eines eigenen Haushaltes in die Schuldenfalle. Wir trafen sie bei der Schuldnerberatung der AWO. Ihre neubezogene Wohnung allein frisst schon 700 Euro Miete. Alle ihre Rücklagen sind aufgebraucht. Zitat: „Jetzt muss ich knausern und sparen. Freundinnen besuchen: unmöglich.“

Diese Beispiele verweisen auf die vielen Facetten der prekären Lebensbedingungen vieler Menschen im Rentenalter – zumal in teuren Städten, wo die Lebenshaltungskosten, die Mieten vor allem, höher sind. Wir wissen noch wenig darüber, wie Ältere tatsächlich und ganz konkret in ihrem Alltag zurechtkommen, denn die Altersarmut bleibt häufig im Verborgenen. Dabei ist Altersarmut kein rein persönliches, noch dazu selbst verschuldetes Problem, wie manche Interviewten manchmal fast glaubten –

„ich bin ja selber schuld, deswegen darf ich auch nicht zum Amt“ –, sondern sie ist Teil einer gesamtgesellschaftlichen Problematik.

Bei den Frauen – die wir interviewten – hat sie mit den gebrochenen Erwerbsbiografien zu tun; doch auch Männer, die 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, sind mit einer durchschnittlichen Rente – von in München und auch deutschlandweit rund 1200 Euro – von Altersarmut bedroht, vor allem wenn sie allein leben. Die Rentenniveaus wurden in den letzten Jahren immer weiter abgesenkt, und sie sollten durch private oder betriebliche Vorsorge aufgestockt werden. Das Modell ging jedoch, zumal in Zeiten der Niedrigzinspolitik, nicht auf. Damit bin ich bei meinen Thesen.

II. Analyse der Altersarmut

Sie wissen, dass die Rentenniveaus in den letzten Jahren immer weiter abgesenkt wurden; zudem sollten sie durch private oder betriebliche Vorsorge aufgestockt werden. Die Süddeutsche Zeitung hat gerade darüber berichtet, dass das Modell gar nicht gut aufgeht. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung (des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB) hat darauf verwiesen, dass die Riester-Rente – sofern man überhaupt „riestern“ kann, wozu man ja ein gewisses Einkommen braucht – diese Versorgungslücke im Alter nicht hinreichend genug schließt, zudem in Zeiten der Niedrigzinsen. Wer will da wie privat vorsorgen?

Wie Frauen mit Altersarmut umgehen

Prof. Dr. Irene Götz und ihr Team an der LMU München widmen sich in dem soeben erschienenen Buch folgenden Fragen: Wie kommen Frauen im Alter, die von Armut bedroht sind, in einer teuren Stadt mit hohen Mieten zurecht? Welche Strategien entwickeln sie, um dennoch am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben? Davon erzählen Frauen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Die Analyse dieser Berichte macht deutlich, wie weit auch bereits die mittleren Schichten bedroht sind, und wie wichtig es ist, dass hier politische und gesellschaftliche Veränderungen unserer eingespielten Sozialsysteme umgesetzt werden.



Irene Götz (Hg.): *Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen.* Kunstmann 2019, 20 Euro (Printausgabe); 15,99 Euro E-Book. ISBN: 978-3-95614-292-5

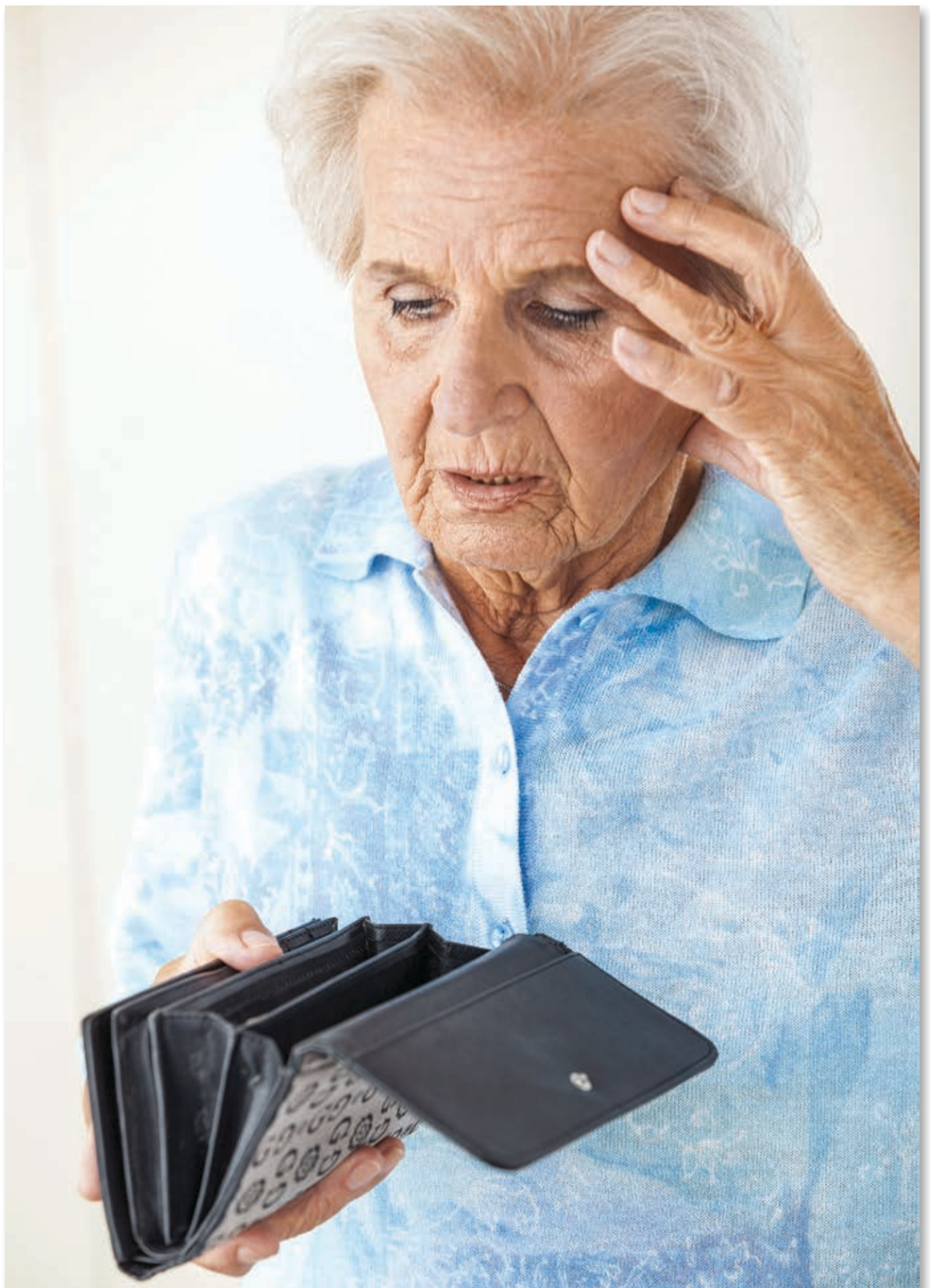
Damit bin ich nun auch endlich bei meiner **ersten These**: „Altenlast“, ein furchtbares Wort, wurde zu lange nur als volkswirtschaftliches Problem im Sinne des demokratischen Wandels verhandelt. Der Blick auf Alter als Kostenfaktor der überlasteten Sozialkassen hat den Blick für die Belastungen der Älteren selbst verstellt. Inzwischen wird jedoch gerade in den Städten deutlich, dass der Gruppe der wohlsituierten sogenannten „best-ager“, die für sich selbst Vorsorge tragen können, eine zunehmende Zahl von Rentnern und vor allem Rentnerinnen gegenübersteht, die mit einer Altersrente allein nicht über die Runden kommen.

Meine **zweite These** lautet: Die Altersarmut steigt. Ich finde es schlimm, nur um das hier so politisch zu sagen, dass sich die großen Parteien jetzt gerade streiten, ob die Altersarmut steigt oder nicht steigt – und je nachdem, wen Sie fragen, bekommen Sie andere Bilder. Definitiv steigt sie. Laut Statistischem Bundesamt belief sich die Armutsgefährdungsschwelle für Deutschland 2006 noch durchschnittlich auf 750 Euro, zehn Jahre später bereits auf 970 Euro. Das hat natürlich mit steigenden Lebenshaltungskosten zu tun. Nun liegt aber in einer Stadt wie München die errechnete Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt deutlich höher. Wenn Sie in einem Single-Haushalt weniger als 1350 Euro haben, so hat es der von der Landeshauptstadt in Auftrag gegebene Münchner Armutsbericht 2017 herausgearbeitet, gehören Sie schon zu den von Frau Walper vorhin erwähnten Armutsgefährdeten.

Was für einen Studenten in einem WG-Zimmer ausreichend ist – vielleicht kann er davon noch eine Rucksack-Reise finanzieren –, ist für Ältere ein sehr knappes Budget. Ältere brauchen häufig Medikamente, die eben auch nicht mehr alle erstattet werden. Sie sind immobil, sie haben andere Kosten, und 1350 Euro sind im Alter nicht viel. Ein Beispiel: Jolanda Fischer – wieder ein Pseudonym – verkauft lieber die Straßenzeitung, als zum Sozialamt zu gehen, obwohl sie hier ihre Erwerbsminderungsrente von rund 600 Euro durch Grundsicherung aufstocken könnte. Das wusste sie aber nicht.

Unwissen ist ein häufiges Problem. Das Sozialgesetzbuch ist komplex, jeder Fall liegt anders. Umso wichtiger ist es, dass man etwa in die offene Altenhilfe geht, in die Alten-Service-Zentren oder kirchliche Einrichtungen, sich beraten lässt, sich Hilfe holt. Ein Zuverdienst würde übrigens mit der aufstockenden Grundsicherung im Alter verrechnet. Jolanda Fischer geht aber auch deshalb nicht zum Amt, weil sie Angst hat, dass ihre Kinder dann belastet würden. Die haben zwar wahrscheinlich selbst nicht genug im Geldbeutel (es gibt hier hohe Freibeträge), aber auch hier fehlt wieder das Wissen. Wer informiert ist, der hat hier Vorteile.

Jolanda Fischer zeigt übrigens in ihrer Biografie die typischen Gründe für Altersarmut. Sie war alleinerziehend und konnte deshalb nur Teilzeit arbeiten. Der Ehemann war offensichtlich für die Kinder nicht zuständig. Dann wurde sie mit 50 Jahren aufgrund von Rationalisierungen eines renommierten Modehauses in München entlassen. Auf dem Arbeitsmarkt hat sie mit 50 (!) – sie sagt: „Wir Alten kriegen ja nichts!“ – nichts mehr gefunden. Dann landete sie beim Straßenzeitungsverkauf. Inzwischen wurde ihre Wohnung gekündigt wegen Eigenbedarf, und die Liste der Wohnungssuchenden auf dem Wohnungsmarkt ist lang. Das hat bedeutet, dass man ihr vorübergehend einen Platz im Frauenhaus zuwies. Das wollte sie aber nicht, sodass sie aus München wegzog – einer Stadt, wo sie über 40 Jahre gelebt



alamy-stock/ MEV – 009

Hier ist es nur eine gestellte Szene, aber immer mehr alte Menschen fürchten auch in der Realität den Blick in das oft leere Portemonnaie.

und ihren Sohn hat. Sie kann jetzt zwar in einer kleinen Wohnung im Hinterland überleben, aber ihr Job ist weg, sie kann nicht mehr nach München zurück, und ihr fehlt sogar das Fahrgeld, um am Wochenende ihren Sohn zu besuchen, der überdies auch nicht zu wissen scheint, wie knapp es bei ihr ist.

Meine **dritte These** ist: Im Alter verstärken sich soziale Unterschiede und Geschlechtsunterschiede, Einkommensunterschiede, Bildungsunterschiede und

Unterschiede in Quantität und Qualität sozialer Netzwerke. Die durchschnittliche Rente von Frauen deutschlandweit ist immer noch nur beinahe halb so hoch wie die von Männern. In München ist es ein bisschen besser, weil Frauen hier in der Stadt häufiger erwerbstätig sind. Bedroht sind Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Geringverdienerinnen, Geringqualifizierte, auch chronisch Kranke und auch Personen mit Migrationshintergrund, sofern sie spät nach Deutschland gekommen sind; diese

können nämlich häufig nicht in ihrem alten Beruf arbeiten und zahlen eben auch spät in die Rente ein. Das Überraschende für unser Projektteam war, dass die Mittelschichten, das Bürgertum im Alter im Falle von alleinlebenden Frauen armutsgefährdet ist, und zwar in ganz großem Umfang: die Lektoratsassistentin, die Buchhändlerin, die Versicherungsangestellte, alle haben sie zu kämpfen und zu knabbern. Sie arbeiten zusätzlich, sie sind auf Spenden angewiesen und oft schämen sie sich zum

Teil auch, dass sie sich so wenig leisten können im Vergleich zu oft besser gestellten Freundinnen aus besseren Zeiten. Wenn körperliche Einschränkungen hinzukommen, fällt das „Laufen und Rennen“, wie es eine Interviewte sagte, doppelt schwer; man kann eben nicht dauernd Sonderangebote suchen oder hat vielleicht noch nicht einmal eine Kühltruhe, um günstige Vorräte anzulegen.

Wie behelfen sich diese Frauen? Kurz gesagt: Soziales Kapital, also gut gestellte Netzwerke, gute Nachbarschaften, oder ein enger Kontakt zur Familie helfen. Häufig haben auch die Frauen aus dem bürgerlichen Milieu hier die potenteren Kontakte. Ein Schwiegersohn, der mal einen Laptop vorbeibringt oder Freunde, die einen zum Essen oder in den Urlaub einladen, sind ein besonderes soziales Kapital. Das heißt aber nicht, dass die Ärmeren in unserem interviewten Sample per se passiv sind oder nur einsam. Hier war für uns sehr überraschend, mit wie viel Improvisationsgeschick und auch dem Versuch, die Würde zu behalten, gewirtschaftet wurde. Das Wissen der Kriegs- und Nachkriegskinder, die jetzt von Altersarmut betroffen sind, hilft. Das heißt: in den schlechten Zeiten erworbene Fertigkeiten wie Selbermachen, den Besitz schonen oder auch hauswirtschaftliche Kenntnisse wie Einkochen, Nähen, Flickern, und überhaupt ein nachhaltiges Wirtschaften sind ihnen noch gegeben. Was passiert aber, wenn meine Generation, die Baby-Boomer, demnächst in den Ruhestand gehen? Wir haben das alle vielleicht gar nicht mehr so gelernt und haben dann mehr Probleme, um hauszuhalten und zu sparen.

Soziales Kapital, also gut aufgestellte Netzwerke, gute Nachbarschaften, oder ein enger Kontakt zur Familie helfen.

Befunde aus unserem Projekt zeigen: Armut macht wütend. Nach 45 Jahren als Stationsleiterin in der Altenpflege keine Wohnung in einer teuren Stadt – die von ihrer früheren kraftzehrenden Tätigkeit stark körperlich belastete Interviewpartnerin konnte nicht verstehen, dass sie weder auf dem freien Wohnungsmarkt mit ihrer Rente von 1250 Euro noch mit Hilfe des Wohnungsamtes eine bezahlbare Bleibe fand. So lebte sie, bis sie endlich am Stadtrand fündig wurde, fast drei Jahre in einem Provisorium, schlief auf einem Klappbett im Flur der Tochter. Wohnen war der absolute Dreh- und Angelpunkt im Falle von drohender oder eingetretener Altersarmut. Wegzug im Alter ist ein Problem. Ältere haben sich ihren Lebensraum zurechtgewohnt, sie haben Routinen entwickelt, sie sind angewiesen auf die Infrastruktur. Es darf eben nicht passieren, dass man Ältere in den Leerstand irgendwo in Randbezirke abschiebt, wo keine Ärzte sind, wo ihre Nachbarn nicht mehr da sind, ihre Infrastruktur fehlt usw.

Meine **vierte These** wäre: Armut ist schambesetzt. Nicht einmal die Familienangehörigen wissen oft Bescheid. Entsprechend ist sie auch vielfach unsichtbar. Ebenso hat sich gezeigt: Frauen aus dem Bürgertum hatten die besseren Netzwerke, um solche Armut abzufedern. Armut bedeutet häufig Ausschluss. Die große Sorge von Älteren ist, wie lange sie noch selbstständig und sozial eingebunden bleiben können. Das fragen sich naturgemäß alle Älteren. Aber mit wenig Geld im Geldbeutel, mit

wenig Spielraum, ist das natürlich eine viel größere Problematik.

Was wäre zu tun? Sicherlich: Im Rahmen der Bundespolitik muss über die Konsolidierung der staatlichen Renten anders nachgedacht werden. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt; das kann ich im Detail jetzt auch nicht mehr ausführen. Auf private Altersvorsorge zu setzen ist schön für den, der das kann. Aber es ist für diejenigen, die eben Zeit ihres Lebens verdient haben, kaum möglich.

Weitere Reformen, das Sozialgesetzbuch betreffend: Die Sozialhilfe ist für Ältere nicht ausreichend. Sie reicht vor allem in den Städten nicht. Dann sollte, was die Rente anbelangt, der Kreis der Einzahlenden, erhöht werden. Ich persönlich freue mich über meine spätere Beamtenpension; aber eigentlich gibt es keinen zwingenden Grund, dass sich Beamte oder auch Selbstständige, die jetzt dann belangt werden, aus dem Soli-Verband ausschließen. Das sind Privilegien aus dem 19. Jahrhundert, aber da muss man mal neu nachdenken. Nur – wer fasst das heiße Eisen an in der Politik?

Man sollte aber auch an die Zivilgesellschaft denken. Zivilgesellschaftliches Engagement, da ist der „Adventskalender für gute Werke“ in dieser Stadt ein wichtiger Punkt. Man sollte aber auch daran denken, dass Hilfe nicht nur aus Geld besteht, sondern ebenso aus einer Art von Gemeinschaftlichkeit, die wir an unsere Kinder weitergeben und die wir in der Nachbarschaft pflegen. Manchmal hilft es einfach auch, mit Älteren ins Gespräch zu kommen und sie „herauszuholen“ oder auch einmal einen Tipp zu geben: Geht mal in die Alten- und Service-Zentren in eurer Nachbarschaft oder zu einer kirchlichen Einrichtung. Die bieten auch Beratung, wo ich mir etwa Spenden für eine neue Brille oder einen Kühlschrank holen kann. Es ist wichtig, dass wir auch in der Zivilgesellschaft anders miteinander umgehen. Allerdings bleibt natürlich das Thema Wohnen; sozialer Wohnraum muss geschaffen werden. Was den Arbeitsmarkt anbelangt: Es gilt, auskömmliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen, insbesondere die Minijobs geben kaum Rentenpunkte. Die prekären Jobs, die wir jetzt nach Hartz IV reihum haben, führen nicht dazu, dass die Renten nachher ausreichend sind. Versicherungspflichtige Jobs ab dem ersten Euro zu ermöglichen, ist sicherlich schon einmal eine Verbesserung.

Abschließend wäre meine **fünfte These**, dass Prävention ein ganz wichtiger Aspekt ist. Aufklärung und Prävention bereits in jungen Jahren sind ein Desiderat. In den Schulen sollte Raum sein, einmal über diese Dinge zu sprechen. Was ist ein Rentensystem? Natürlich wollen die Jugendlichen noch nicht an Rente denken. Aber es wäre sinnvoll, über die Notwendigkeit, privat vorzusorgen, zu informieren, und gerade auch über Lebensplanungen und Lebenskonzepte anders nachzudenken. Das Risiko der traditionellen Hinzuverdiener-Rolle für Frauen: Wenn man das machen will, eine Weile Auszeit, dann sollte man möglicherweise in einem Ehevertrag festhalten, wie der Partner, der Vollzeit arbeitet, einem die Rentenpunkte durch eine private Versicherung kompensiert. Darüber kann man rechtzeitig sprechen und nachdenken, und zuletzt auch darüber, wie wir im Alter selbst leben wollen und das dann auch entsprechend in den Nachbarschaften und den Familien beizeiten andenken. Und vielleicht als letzter Satz: Da lohnt sich auch ein Blick in die skandinavischen Länder. Die gehen nämlich mit ihren Älteren, auch was Pflege usw. anbelangt, ganz anders um! □

Armut in der Stadt. Ein Gespräch zwischen Oberbürgermeister Dieter Reiter, Irene Götz und Sabine Walper

Moderation: Nina Bovensiepen

Nina Bovensiepen: Wir haben kein leichtes Thema. Ich möchte trotzdem mit einer frohen Botschaft beginnen. Und wir werden auch mit einer guten Botschaft enden – so viel kann ich schon vorwegnehmen. Die erste gute Botschaft ist – wir haben es auch am vergangenen Wochenende nochmal in der Süddeutschen Zeitung geschrieben: 150 Millionen Euro sind in den vergangenen 69 Jahren durch den SZ-Adventskalender, auch durch die Aufrufe und Geschichten, die wir in der Süddeutschen Zeitung geschrieben hatten und die Sie und viele andere zu Spenden motiviert haben, für dieses Hilfswerk zusammengekommen. Das ist eine großartige Summe; das zeugt von einer unglaublichen Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Das ist ganz großartig.

Zugleich zeugt es natürlich auch von einer großen Bedürftigkeit, die es in dieser Stadt gibt. Herr Reiter, wir reden ja oft über die Wohlstandsprobleme, die München auch hat: hohe Mieten besonders. Über Armut wird nicht so viel geredet. Wie geht es Ihnen im Alltag? Begegnen Sie Armut überhaupt in dieser Stadt? Oder findet das unter Ihrem Radar statt? Wo gibt es solche Begegnungen mit der Armut in München?

Dieter Reiter: Armut hat ganz unterschiedliche Gesichter. Wenn ich zum Beispiel aus dem Rathaus gehe, dann sehe ich Menschen, die am Straßenrand sitzen und betteln. Wenn ich auf den Marienplatz hinunterschaue, sehe ich zwar nicht jeden Tag, aber immer mal wieder Menschen, die mit der Taschenlampe in Abfallbehälter schauen und nach Pfandflaschen suchen.

Ich habe vor kurzem auf dem Flohmarkt eine Geschichte erlebt, die einem schon zu denken gibt. Meine Frau und ich schlenderten an den Ständen vorbei und kamen dabei mit einer älteren Dame ins Gespräch. Wir haben gefragt, wieso sie sich von Ihrem schönen Stück trennt. Und ihre Antwort war nicht etwa: „Weil ich es nicht mehr brauchen kann“ oder: „Weil es mir im Weg umgeht“, sondern, dass sie eigentlich an dem Stück hängt, aber es verkaufen muss, weil sie sonst nicht weiß, wovon sie im nächsten Monat die Miete zahlen soll. Und dann erzählte die Dame noch, dass sie jeden Monat auf den Flohmarkt geht und alles, woran sie persönlich hängt, verkaufen muss, damit sie sich ihr normales Leben leisten kann.

Das stimmt einen wirklich nachdenklich. In einer wirtschaftlich erfolgreichen Stadt, in der wir einen 7,5-Milliarden-Haushalt und einen Ausgaben-schwerpunkt im Sozial- und Bildungsbereich haben, gibt es dennoch viele Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Darüber gilt es intensiv nachzudenken: wie es uns gelingen kann, noch besser dort zu helfen, wo wir jetzt dank Spenden, dank Adventskalender, aber auch dank vieler anderer großzügiger Menschen in München einfach, kurzfristig und schnell helfen können.

Nina Bovensiepen: Was haben Sie dann gemacht? Haben Sie oder Ihre Frau es gekauft?

Dieter Reiter: Ja, wir haben es gekauft. Aber es war ein sehr zwiespältiges Gefühl, etwas zu kaufen, von dem man

weiß, dass diejenige daran hängt und es eigentlich gar nicht verkaufen will. Da geht es dir nicht wirklich gut. Andererseits – wenn Sie den Gedanken noch erlauben: Die Frau hätte sich strikt geweigert, wenn ich gesagt hätte: „Wissen Sie was? Ich schenke Ihnen die 50 Euro und Sie behalten Ihr Stück.“ Das hätte sie definitiv nicht angenommen. Das hat natürlich etwas mit dem Thema Schamgefühl zu tun, wie wir vorhin gehört haben.

Nina Bovensiepen: Das ist ein gutes Stichwort! Frau Professor Walper: Nun ist München eine Stadt, in der wesentlich weniger Familien und andere Menschen Sozialleistungen wie zum Beispiel Hartz IV beziehen als meinetwegen in Berlin, wo es für beinahe ein Drittel der Bevölkerung normal ist, soziale Transfers zu bekommen. Ist die Scham hier größer, weil man vermeintlich so allein damit ist?

Sabine Walper: Das kann man ganz klar mit „Ja“ beantworten. Wir wissen aus vielen Untersuchungen, auch internationalen, dass Armut gerade da, wo die Unterschiede sehr groß sind und wo man umringt ist von viel Wohlstand, deutlich mehr belastet als dort, wo alle vergleichbar von Armut betroffen sind. Wenn ich an die Berichte meiner Mutter aus der Nachkriegszeit denke, dann hatten sie damals einfach sehr wenig. Das war wirklich nichts Besonderes. Ich bin selber noch in einer Wohnung mit Klo auf halber Treppe, deutlich weniger Zimmern als Personen und Badewanne in der Küche groß geworden; das war nichts Außergewöhnliches damals. Das hat sich aber gravierend geändert. Von daher ist es gerade in München, in einer Stadt, die ansonsten so viel Reichtum zu bieten hat, viel schmerzlicher in Armut zu leben als in Gebieten mit geringeren sozialen Unterschieden.

Nina Bovensiepen: Gibt es einen Unterschied zwischen den Generationen? Ist es im Alter anders? Gewöhnen Menschen sich an Armut? Und mit Blick auf München: Wie erkennen wir eigentlich Armut? Und zwar nicht nur in Fällen, in denen wir Menschen sehen, die in Müllbehältern wühlen. Sehe ich das an der Kleidung? Kann ich das irgendwie anders merken, wenn ich jemandem begegne, dass der arm ist?

Irene Götz: Das sind zwei Fragen, die aber durchaus zusammenhängen. Natürlich gibt es die Flaschensammler und die Flohmarktverkäuferinnen, denen man vielleicht aufgrund der Handlung ihre Armut ansieht. Oder man sieht Personen, die jobben, möglicherweise an der Kinokasse oder am Kiosk sitzen, und man fragt sich, ob sie das aus Geselligkeit machen oder einfach das Geld brauchen? Das mischt sich ja häufig, viele Ältere machen es aus beiden Gründen. Aber ansonsten möchte man Armut lieber verbergen, weil das Selbstbild so ist – gerade bei den Frauen und Männern aus mittleren Schichten bzw. die aus Mittelschichten durch den Einschnitt der Verrentung von Abstieg zumindest gefährdet sind, zeigt sich, dass sie das nicht zeigen wollen und sich Mühe geben.

Man geht trotzdem noch zum Friseur, auch wenn man sich sonst irgendwie



Nina Bovensiepen, Ressortleiterin München, Region und Bayern der SZ (2.v.r.) moderierte die Diskussion der beiden Professorinnen Sabine Walper (li.) und Irene Götz mit Münchens OB Dieter Reiter (SPD).

alles vom Mund abspart. Man möchte ordentlich gekleidet sein, man schont die Kleidung – das hat natürlich auch mit dieser Generation zu tun, wie ich vorhin schon sagte. Andere Generationen werden es mal schwerer haben. Viele können nicht mehr so gut kochen. Das Einmachen ist mir persönlich auch nicht mehr geläufig oder etwa das Kochen nach dem Notkochbuch. Wir hatten Frauen, die uns erzählt haben, wie sie für fünf Tage gesund vorkochen. Ich weiß nicht, wie das geht. Kochen schon noch, aber dieses Einteilen und das Wissen, wie ich etwa aus übrig gebliebenen Kohlblättern Krautwicklerl machen kann – das sind zum Teil wirklich Kenntnisse und Fertigkeiten, die eben auch generationenspezifisch sind.

Ich glaube, es tut immer weh, arm zu werden. Manche der Frauen, die wir interviewt haben, gehen sehr unterschiedlich damit um. Da ist jede Geschichte anders. Generell hatten wir den Eindruck, dass diese Generation sehr duldsam ist, sehr zufrieden, sehr zurückgenommen, eher die Schuld bei sich sucht und immer etwas an die Kinder und Enkel weitergeben will, anstatt selbst etwas, Hilfe oder Geld, anzunehmen. Das Schlimmste für sie war übrigens, wenn man den Enkeln keine Geschenke mehr machen kann. Man denkt weniger an sich als an die Anderen. Das hilft auch zu kompensieren, dass man zu wenig hat. Weh tut es aber immer. Wir hatten auch Frauen zum Interview, die bei uns weinten, die sehr betroffen waren: „Endlich hört mir mal jemand zu, endlich nimmt das mal jemand wahr! Gebt an die Politik diese Botschaft weiter!“

Nina Bovensiepen: Frau Professor Walper: Gibt es bei jüngeren Menschen, bei Jugendlichen oder bei Kindern ein Alter, in dem Armut besonders schlimm ist, weil es da mehr soziales Mobbing gibt? Oder ist Ihre Erfahrung, dass es in jedem Alter schlimm ist?

Sabine Walper: Es ist in jedem Alter auf eine andere Art und Weise schlimm. Wir waren selber alle erstaunt, als wir diese Befunde gesehen haben, dass gerade Armut im Kleinkindalter so gravierend ist und so langfristig negative Folgen hat. Man muss ja sagen, dass viele Familien mit Kleinkindalter noch relativ gut wieder aus der Armut herauskommen. Das ist im späteren Verlauf sehr viel schwieriger. Aber trotzdem ist an der Stelle oft die Belastung der Beziehungen

und damit der Start überhaupt ins Familienleben so erschwert, dass die Familien nicht ohne Weiteres auch wieder herauskommen aus diesen Problemen, die sich dann in den Beziehungen zwischen den Partnern und zwischen Eltern und Kindern festsetzen.

Nach den Daten unserer Studie „KiD 0-3: Kinder in Deutschland“, in der wir über 8.000 junge Familien mit Kindern unter drei Jahren bundesweit repräsentativ befragt haben, sehen wir, dass Armut die Risiken für Gewalt gegenüber den Kindern erhöht. Das kann zu Verhalten der Eltern führen, das sehr junge Kinder nachhaltig schädigt, aber für ältere Kinder kein Problem wäre. Eltern, die die Nerven verlieren, weil das Kind dauerhaft schreit, sind beispielsweise viel schneller in der Gefahr, das Kind zu schütteln. Wenn Sie einen Säugling schütteln, der den Kopf noch nicht halten kann, wird sehr leicht die Gehirnstuktur verletzt, so dass dauerhaft seine kognitiven Fähigkeiten beeinträchtigt werden. Bei älteren Kindern und Jugendlichen passiert wenig, wenn man sie schüttelt. Aber bei Kleinkindern sind die Gefahren größerer Verletzungen deutlich höher.

Nina Bovensiepen: Wenn wir jetzt darüber reden, was man tun kann, um Armut zu lindern, dann reden wir über unterschiedliche Formen von Armut. Zum Beispiel hat, was Jugendliche betrifft, eine Studie jetzt gerade wieder gezeigt, dass Bildungsarmut eigentlich noch schlimmer ist als Einkommensarmut – gerade im jungen Alter. Herr Reiter, mich würde interessieren, wie Sie die Rolle sehen, die der Staat, die Stadt oder die Stadtgesellschaft hat. Wer ist für Sie am ehesten verantwortlich, dieses Thema aufzugreifen? Und was sehen Sie aus der Sicht der Stadt, welche Angebote erfolgreich sind, um dieses Thema schon früh zu bekämpfen?

Dieter Reiter: Wenn Sie erlauben, wäre mir noch ein Beispiel zur ersten Frage eingefallen: Was in München ganz offenkundig ist, ist der verstärkte Zulauf zur Tafel. Auch das ist ein klares Signal dafür, dass es tatsächlich Armut gibt. Und dabei erlauben Sie mir auch noch den Schwenk zum Thema Unterschied zwischen jüngeren und älteren Menschen: Bei den Tafeln fällt auf, dass deutlich weniger ältere als jüngere Menschen dort sind, die sich Lebensmittel holen, weil bei älteren Menschen das

Schamgefühl, sich in die Reihe zu stellen, immer noch ausgeprägter ist und man lieber noch mehr Verzicht übt, bevor man sich in die Reihe stellt und Lebensmittel abholt. Das sind Momente, in denen du weißt: Es ist nicht alles in Ordnung in dieser Stadt.

Das Thema Bildung ist natürlich der Schlüssel schlechthin, um das Thema Armut von Kindern in den Griff zu bekommen und zumindest Erwerbsbiografien vorzuzeichnen, die dazu führen können, dass im Verlauf des Lebens eben kein Kreislauf entsteht: Arme Eltern heißt zugleich arme Kinder, die dann zu armen jungen Erwachsenen werden; daraus werden dann wieder arme Erwachsene, die letztlich wieder arme Kinder haben! Diesen Kreislauf muss man unterbrechen! Aber was tut

und zwar vom jüngsten Alter an. Dazu braucht es noch mehr Personal, das wir gerade mühevoll zu akquirieren versuchen. Da sind wir wieder bei einem Thema, das auch mit dem Thema zu hoher Mieten zu tun hat, weil es nicht ganz einfach ist, qualifiziertes Personal nach München zu holen, wenn wir die Menschen dann nicht so bezahlen können, wie es nötig wäre. Ein Gehalt nach den Flächentarifverträgen reicht nämlich oft nicht aus, um sich München leisten zu können. Da hängt also vieles zusammen.

Nina Bovensiepen: Was muss rund um die Schule noch getan werden? Wenn die Kinder in die Schule gehen, ist das zunächst positiv; irgendwann kommen sie aber nach Hause, wo sie wieder das

Kurz gesagt: Prof. Dr. Sabine Walper, Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts aus München, legte in ihren fünf Thesen zu Beginn unter anderem dar, dass Armut bei jungen Menschen vor allem die Chancengerechtigkeit zerstört. Prof. Dr. Irene Götz, Professorin am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU München, die sich mit der Armut alter Menschen wissenschaftlich befasst, beklagte vor allem die Perspektivlosigkeit, in die Ältere geraten, wenn sie nach dem Arbeitsleben so wenig Geld haben, dass sie kaum mehr am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können.

die öffentliche Hand? Was machen wir als Stadt? Wir versuchen, unser Bildungssystem so gut wie möglich zu gestalten. Wir geben gerade mehrere Milliarden aus für neue Schulen und versuchen, noch mehr Qualität in unsere Schulen zu bringen – etwa dadurch, dass wir Klassengrößen einigermaßen niedrig halten.

Wir versuchen natürlich auch in den Kinderkrippen, die in den letzten Jahren ja einen unglaublich großen Zulauf haben, eine hohe Qualität zu bieten, damit auch frühkindliche Bildung eine große Rolle spielt. Wir wollen keine „Aufbaumöglichkeit“ für Kinder schaffen, sondern wir wollen qualitatives Arbeiten mit den Kindern ermöglichen,

alte negative Umfeld aus Armut und Streit vorfinden. Wie muss ein Rundum-Angebot aussehen? Sind die Münchner Schulen da gut aufgestellt?

Sabine Walper: Das Bildungssystem ist tüchtig aufgewacht, als die ersten Befunde der PISA-Untersuchung auf dem Tisch lagen und wir gesehen haben, wie stark die sozialen Disparitäten in Deutschland sind. Das hätten, glaube ich, damals die wenigsten gedacht; wir hätten auch nicht erwartet, dass wir insgesamt nur so mittelmäßig in den Kompetenzen der Jugendlichen abschneiden. Vor allen Dingen aber geben diese sozialen Unterschiede sehr zu denken. Es ist wirklich viel versucht worden, um



Dieter Reiter: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die jetzt da sind und sich die Miete gerade noch leisten können, sich das auch in fünf, zehn oder zwanzig Jahren leisten können.“

Abhilfe auf den Weg zu bringen. So richtig kann man es allerdings an den PISA-Ergebnissen immer noch nicht ablesen, dass sich viel bewegt hätte, aber wir haben immerhin einige Hoffnungsträger. Ganztagschulen sind sicherlich ein solcher Hoffnungsträger für bessere Bildung und weniger soziale Ungleichheit. Deren Erfolg hängt aber auch davon ab, wie uns Qualität im Ganztage gelingt. Ich denke, dass wir in München einige gute Schulen haben, die es wirklich versuchen. Die haben einen gebundenen Ganztage mit festem Programm, das für alle gleichermaßen gilt, so dass keiner mehr sagen kann: „Ich gehe doch lieber in die private Nachhilfe!“ oder „Ich gehe lieber zum Reiten!“ oder etwas dergleichen. Das sind Schulen, in denen auch ein klares, verbindliches Programm gegeben ist und die Kinder nicht nur durch verschiedene Angebote durchgelotst werden, die unverbunden nebeneinanderstehen, keine kontinuierliche pädagogische Betreuung garantieren und da mit viele Sollbruchstellen für die Kinder bergen.

Vor allen Dingen zeigt sich, dass die leistungsschwächeren Schüler im offenen Ganztage, bei dem man sich Angebote wählen kann, weniger lernorientierte Bildungsangebote wahrnehmen – wenn sie überhaupt am Ganztage teilnehmen. Sie wählen häufiger andere Angebote, die ihnen kaum die Chance bieten, ihre Leistungen zu verbessern. Insofern müssen wir noch mehr Anstrengung entwickeln, damit wirklich diejenigen, die es auch brauchen, mit hinreichend Spaß hinreichend verlockende Lernangebote wahrnehmen können. Das ist ein nicht unbeträchtliches pädagogisches Kunststück, Lernangebote so zu gestalten, dass sie auch eine gewisse Magnetwirkung auf die jungen Leute ausüben. Aber darum müssen wir uns ganz sicher bemühen. Und

wir müssen auch die Eltern mit ins Boot holen. Ohne eine bessere Zusammenarbeit mit den Eltern kommen wir im Bildungsbereich nicht viel weiter.

Dieter Reiter: Wenn ich noch kurz ergänzen darf: Das ist eine bildungspolitische Grundsatzdiskussion, die wir mit dem für die Bildungspolitik zuständigen Freistaat führen. Wir waren immer ein Freund von gebundenen Ganztagszügen; aber der Freistaat sieht das durchaus nicht genauso wie wir. Das hat etwas mit Förderkulissen und solchen Dingen zu tun. Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass es Sinn machen würde, den gebundenen Ganztage eher zur Regel zu machen; aber das ist nicht ganz so trivial. Natürlich ist es ein wesentliches Kriterium, dass wir am Nachmittag keine Gelegenheitsbetreuung, sondern tatsächlich Beschulung und damit tatsächlich Bildung vermitteln. Wir müssen uns natürlich auch um die Kinder kümmern. Das tun wir mit unseren Sozialdiensten und mit dem Jugendamt. Wir versuchen durchaus – unsere Bezirkssozialarbeit ist da unsere Anlaufstelle –, dass wir in die Familien kommen, denn diese hängen oft, wie bereits angeklungen ist, in Teufelskreisen fest. Das geht dann hin bis zu schlechter Ernährung, wenn Eltern oder Alleinerziehende dem Kind letztlich nicht genug Aufmerksamkeit geben können. Und oft werden die Kinder vor dem Fernseher „geparkt“. Es gibt Untersuchungen dazu, dass der Gesundheitszustand dieser Kinder deutlich schlechter ist, und zwar nicht, weil sie keine Leistungen in Anspruch nehmen dürften, sondern deshalb, weil das Wissen, Zeit oder auch Geld nicht vorhanden sind.

Nina Bovensiepen: Frau Professor Götz: Was Familien wie Ältere eint, ist das Thema Wohnen. Das ist in einer Stadt

wie München natürlich ganz besonders wichtig – gerade für arme Menschen. Die Armutsgrenze liegt neuerdings bei 1350 Euro; da kann man sich eigentlich kaum noch vorstellen, wie Menschen mit einem Einkommen oder mit einer Rente irgendwo zwischen 700 und 900 Euro überleben sollen. Wie geht das in Zukunft weiter? Können solche Menschen in dieser Stadt noch wohnen? Und was müssen wir machen, damit sie das können?

Irene Götz: Das ist wirklich der Dreh- und Angelpunkt. Vielleicht noch einmal ausgeführt, warum das so zentral ist: Man hat sich im Alter häufig über Jahrzehnte in einer Wohnung zurechtgewohnt. Im Alter sich umstellen? Es gibt ja dieses schöne Sprichwort: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht.“ Das hat einfach damit zu tun – das weiß man auch aus der Altersforschung –, dass das Zurechtkommen sich sehr stark mit Routinen verknüpft. Diese Konstruktionen geben den Menschen Halt. Wenn sie dann in irgendein nüchternes und cleanes Zimmer eines Pflegeheims kommen, werden sie völlig orientierungslos, weil sie gewohnt sind, in ihrer eigenen Wohnung zurechtzukommen. Wenn das nicht mehr möglich ist, weil etwa die Nebenkosten steigen und damit die Miete zu hoch wird, dann sind Ältere eben nicht einfach so hin- und herschiebbar. Ein Umzug? Wer soll diesen denn, rein pragmatisch gedacht, organisieren und durchführen? Sozialwohnungen werden häufig ohne Küche vermietet. Wo kriegen sie die Küche her? Da sind sie wieder auf Spenden angewiesen.

Was man machen kann, ist zwar klar, aber ebenso schwierig: Sozialwohnungen bauen! Ich weiß, dass dies auch eine Frage der Kompetenzen zwischen Kommune, Land und Bund ist. Die GroKo hat ja in ihre Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, Geld ausschütten zu wollen für den Wohnungsbau. Und da entsteht auch ein großer Streit: Überlässt man das generell eher dem Markt? Schafft man also lieber Anreize wie Baukindergeld oder Familiengeld? Oder steckt man sozusagen investitionsprogrammatisch etwas in den sozialen Wohnungsbau?

Ich persönlich bin für den sozialen Wohnungsbau. Es ist ja auch schon länger bekannt, dass wir das brauchen. Wir brauchen aber auch Mehrgenerationenhäuser! Ich fände es wunderbar, wenn man mehr generationale Durchmischung hätte. Das müsste man stärker subventionieren. Wir haben in München auch Genossenschaftswohnungen, allerdings zu wenige. Wer die hat, ist glücklich, weil sie mit Blick auf die Mieten und Möglichkeiten ganz anders gestaltet sind; da ist häufig auch eine ganz andere Gemeinschaftlichkeit möglich. Aber es ist einfach zu wenig – und wenn wir weiter Wohnraum als vornehmliches Spekulationsobjekt der wohlhabenden jungen Eliten in den Städten zulassen, dann dürfen wir uns langfristig auch nicht wundern, wenn die Unzufriedenheit so wächst wie zurzeit! Ich will jetzt den Teufel nicht an die Wand malen: Wir haben keine ostdeutschen Verhältnisse. Und wenn irgendwann die AfD auch die Sozialpolitik in Bayern entdeckt, weiß ich nicht, was passiert.

Nina Bovensiepen: Zurück zum Wohnen: Der Münchner Armutsbericht zeigt, wo in München die meisten armen Menschen wohnen. In Schwabing leben nur sechs Prozent Menschen in armen Haushalten; die Viertel mit der höchsten Rate sind inzwischen Ramersdorf, Laim, Kleinhadern und die Messstadt Riem. Früher gab es diese „Münchner Mischung“; man fand es gut, dass die ganze Stadt durchmischt ist. Funktioniert

das in Zukunft noch? Herr Reiter: Ich weiß, dass Sie das Thema Wohnungsbau umtreibt; aber können Sie da so richtig was bewirken?

Dieter Reiter: Am meisten treibt mich natürlich das Grundproblem um, dass insbesondere ältere Menschen, die seit vielen Jahren oder Jahrzehnten in München leben, sich irgendwann ihre Wohnung nicht mehr leisten können, weil die Mieten ständig steigen. Die Lösung ist mindestens zweiseitig: Zum einen müssen wir bauen; das sehe ich auch so. Wir haben, jedenfalls die letzten vier- bis fünf Jahre, viel gebaut und haben uns auch mit unseren Investoren in langen Auseinandersetzungen dazu vereinbaren können, dass bei jedem Projekt 30 bis 40 Prozent preisgedämpftes Wohnen entsteht. Das ist aber immer noch zu wenig. Wenn wir jetzt in Rekordjahren 10.000 Wohnungen bauen und wenn man gleichzeitig den Zuzug von 20.000 bis 25.000 Menschen sieht und demzufolge 10.000 bis 12.000 Menschen im Wohnungslosen-System weiß, dann können wir diesen Bedarf damit nicht decken.

Das ist allerdings seit dem Zweiten Weltkrieg so. Das haben schon meine Vorgänger Hans-Jochen Vogel, Georg Kronawitter und Christian Ude in ihren Büchern beschrieben – ich werde übrigens keines schreiben ...

Das Thema gibt es also seit vielen Jahrzehnten in dieser Stadt. Nur hat es sich inzwischen extrem zugespitzt. Das muss man ganz deutlich sagen. Es hängt immer damit zusammen, wie viel Prozent meines Einkommens ich an Miete aufwenden muss; das ist der entscheidende Faktor. Wenn ich 10.000 Euro im Monat verdiene, dann kann ich auch 3.000 Euro Miete bezahlen. Wenn ich aber nur 1.500 Euro verdiene, dann kann ich kaum 800 Euro Miete zahlen bzw. habe dann deutlich weniger zum Leben. Diese Relation muss also wieder anders werden.

Damit ist allerdings auch gesagt, dass die Bundesregierungen Jahre, um nicht zu sagen Jahrzehnte, verschlafen haben, eine vernünftige Rentenpolitik zu machen. Wir haben die Rentenkassen für alles hergenommen, nur nicht zwangsläufig für die Renten. Wir haben bis heute Diskussionen, die sich um irgendwelche Randthemen bei der Rentenpolitik bewegen. Ehrlich gesagt, glaube ich nicht, dass es den Münchner Rentnerinnen und Rentnern wahnsinnig wichtig ist, ob wir das Rentenniveau bis 2025 oder 2040 festschreiben, wenn es sowieso heute schon zu niedrig ist. Das befriedigt niemanden auf Anhieb. Deswegen fand ich die Diskussion auch nicht wirklich hilfreich. Worüber man wirklich einmal nachdenken müsste, ist, warum es nicht gelingt, ein vernünftiges neues Rentensystem aufzulegen. Es ist vorher schon angeklungen: Allererste Basis dafür ist natürlich, dass alle einzahlen. Ich muss es sagen: Die SPD hat es im Bund jetzt im Hinblick auf die Beamtenenschaft versucht. Die CDU/CSU hat aber sofort gesagt, dass das mit ihnen überhaupt nicht in Frage kommt. Aber ein beitragsfinanziertes System, in das nicht alle einbezahlen, aufrechterhalten zu wollen, wird in Zukunft nicht funktionieren. Das heißt: Alle müssen einzahlen. Die Selbstständigen natürlich nicht den Höchstsatz pro Monat, aber dennoch einen prozentualen Anteil ihres Einkommens. Dann würde die Rentenkasse schon anders ausschauen. Das ist der Bereich, den wir dringendst angehen müssen.

Wir haben jetzt eineinhalb Jahre in der Bundesregierung damit verbracht, irgendwelche gegenseitigen Schuldzuweisungen, gegenseitige Streitigkeiten, gegenseitige Scharmützel auszutragen. An das Thema Rente hat sich niemand gewagt – außer jetzt mit der einen

Ausnahme, die ich schon beschrieben habe, die meines Erachtens aber zu kurz greift. Also, da braucht es dringend ein völlig neues grundlegendes Herangehen an das Rentensystem. Ich will Österreich nicht immer zum Beispiel nehmen, weil Österreich jetzt durchaus auch andere Blickwinkel eröffnet, aber beim Rentensystem, so glaube ich, haben sie ein ganz vernünftiges Modell. Man müsste also nur einmal da hinüberschauen und versuchen, es in irgendeiner Weise zu adaptieren oder sich wenigstens einmal für die Bevölkerung, für die Rentnerinnen und Rentner erkennbar mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das tut niemand. Keine Regierung und keine Partei macht das. Und das nervt wahnsinnig, ganz ehrlich.

Die andere Seite ist die Miethöhe. Da haben wir jetzt in München getan, was wir ihm Rahmen unserer Möglichkeiten als Kommune tun können: Wir haben für die eigenen, freifinanzierten städtischen Wohnungen einen Deckel eingezogen. Weil die vom Bund aufgelegte Mietpreisbremse so nicht funktioniert hat, machen wir eine eigene Mietpreisbremse. Leider gilt das nur für unsere 65.000 Wohnungen, in denen etwa 100.000 Menschen wohnen. Für die bedeutet das eine Erleichterung und vor allem mehr Sicherheit. Ich versuche gleichzeitig, weitere große Bestandhalter von Mietwohnungen zu überzeugen, dieses System zu übernehmen, das ich jetzt mal „Münchener Mietpreisbremse“ nenne. Diese besagt unter anderem, dass die Miete nur noch um maximal zehn Prozent alle fünf Jahre erhöht werden darf, außerdem eine wesentlich niedrigere Modernisierungspauschale und einiges mehr.

Die katholische Kirche bzw. das Siedlungswerk hat sich bereits freiwillig angeschlossen. Ich werde demnächst alle großen Wohnungseigentümer, natürlich auch den Freistaat Bayern, aber auch die privaten großen Wohnungseigentümer zu mir ins Rathaus zu einer

großen Veranstaltung einladen und dafür werben, sich dieser sozialen Verantwortung des Eigentums etwas intensiver zu widmen, um wenigstens diesen kleinen ersten Schritt zu gehen, dass wir die Mieterhöhungen ein bisschen weiter deckeln als bisher.

Alles, was sonst noch passieren muss, habe ich schriftlich eingefordert – ich bin nämlich ein Freund von Briefen an die Bundesregierung bzw. bin ich schon fast ein Brieffreund aller Minister. Aber im Ernst: Ich habe nicht nur Sozialminister Hubertus Heil geschrieben, sondern natürlich auch an Innenminister Horst Seehofer und Justizministerin Katarina Barley, um endlich einmal beim Mietrecht klarzustellen, dass zum Beispiel der Mietspiegel die Quelle des ganzen Unglücks in den großen Ballungsräumen ist. Wenn in den Mietspiegel nur die Mieten der letzten vier Jahre aufgenommen werden, dann weiß jede Münchnerin und jeder Münchner, was in München passiert, wenn eine Wohnung neu vermietet wird: sie wird teurer. Das heißt, der Mietspiegel kann nach dieser Systematik immer nur in eine Richtung gehen, nämlich nach oben. Und wenn wir diese Ursache, die jeder kennt, nicht endlich in der Bundesregierung anpacken, dann wird es dauerhaft keine Lösung für das Wohnthema geben. Soviel können wir gar nicht bauen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die jetzt da sind und sich die Miete gerade noch leisten können, sich das auch in fünf, zehn oder zwanzig Jahren leisten können.

Letzter Satz: Genossenschaften. Auch damit haben wir gerade ein Problem, weil uns nämlich unsere eigenen Grundstückspreise davonlaufen. Oder anders formuliert: Wir haben beschlossen, dass 40 Prozent bei jedem Bebauungsplan an Genossenschaften gehen; wenn aber mein eigenes Bewertungsamt dann die Wertbestimmung macht und den Verkehrswert festlegt, wozu wir als Kommune verpflichtet sind, dann sagen



SZ-Geschäftsführer Dr. Karl Ulrich mit Anita Niedermeier, der Geschäftsführerin des Vereins „Adventskalender für gute Werke“ der Süddeutschen Zeitung.

die Genossen, dass sie das nicht bezahlen können. Also muss es uns gelingen, soziale Faktoren in diese Bewertung mit aufzunehmen, damit ich die Genossenschaften zu einem vernünftigen Preis Wohnungen bauen lassen kann.

Allerletzter Satz: Wir haben in München noch ganz viele Eisenbahner- und Postgenossenschaftswohnungen. Die Eisenbahner und Postler haben nie in ihrem Leben wirklich viel verdient; dazu fallen deren Mietwohnungen alle aus der Bindungsfrist. Ich höre und lese, dass der Bund plant, diese Wohnungen zu verkaufen. Wenn das passiert, meine Damen und Herren, dann haben wir weitere 10.000 Menschen, die nicht wissen, wo sie im nächsten Monat leben sollen. Ich meine, das muss die Bundespolitik dringend verhindern.

Nina Bovensiepen: Über Ihren Brief an Herr Seehofer kann man morgen im Lokalteil der SZ lesen. Es ist immer ein bisschen frustrierend, weil man allzu schnell nach Berlin blickt: Dort müsste die Rente reformiert werden, dort müssten grundlegende Dinge für die Wohnungsbaupolitik gemacht werden. Wenn wir noch einmal zurückkommen auf das Thema Spenden und die Frage, was dabei auch die Stadtgesellschaft tun kann: Der Adventskalender hat immer nach dem Prinzip gearbeitet, dass nicht einfach Geld über irgendjemandem ausgeschüttet wird, sondern Spenden werden mit bestimmten Projekten verbunden, die mit anderen Partnern zusammen initiiert werden, auch mit der Stadt. Was ist denn aus Ihrer Sicht, Frau Professor Götz, das Wirkungsvollste, bei Initiativen und Projekten, die wir alle gemeinsam unterstützen können? Sie haben Ihre Interviews mit den Betroffenen bereits eindrucksvoll geschildert. Was hilft wirklich?

Irene Götz: Ich kann mich an dieser Stelle den politischen Statements anschließen. Die Politik ist in der Pflicht auf allen Ebenen, von der Kommune bis zum Bund. „Charity“, wie man neudeutsch sagt, oder auch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen können da nur ergänzen. Sie dürfen nicht – wie etwa in den USA – die Hauptquelle sein, wodurch Versorgungslücken geschlossen werden, weil das Versicherungs- und das Rentensystem in der Form gar nicht funktioniert.

Nina Bovensiepen: Sehen Sie die Gefahr, dass diese Entwicklung auch bei uns einsetzt?

Irene Götz: Nein, noch nicht. Ich bin nicht pessimistisch. Auch das Wort neoliberal nehme ich nicht so gern in den Mund, weil es auch so ein Allerweltswort ist. Wir haben natürlich in den letzten Jahrzehnten eine Tendenz gehabt, den Staat zu verschlanken und alles auf Privatisierung zu setzen – ob Krankenhäuser oder Pflegeheime, die sollen angeblich staatlich nicht wirtschaftlich zu führen sein. Das stimmt so natürlich überhaupt nicht. Aber das ist eine andere Diskussion. Auch die Tendenz, privat für die Rente vorsorgen oder sich privat kümmern zu müssen – diese Tendenz hat ein Kollege von mir mal die „Vertafelung der Gesellschaft“ genannt. Das heißt, dass plötzlich die Tafeln in die Pflicht genommen werden und damit der Staat bzw. die Kommunen aus der Pflicht. So sollte es nicht sein.

Gleichwohl glaube ich, dass gerade so etwas wie der SZ Adventskalender und Spenden sowie wir alle als Menschen, die spendenbereit sind, das Bewusstsein dafür schärfen, wie viel Armut und wie viel Bedürftigkeit in der Gesellschaft existiert und wie Not es täte, Patenschaften zu übernehmen oder Ähnliches. Ich glaube aber auch, dass es wichtig ist, in den Nachbarschaften zu beobachten, ob es da Rückzug von Ärmern oder Bedürftigen gibt – ganz egal, ob das jetzt Familien sind oder auch Flüchtlinge oder Ältere. Wie kann man ins Gespräch kommen? Auch da hilft Aufklärung. Deswegen sind Multiplikatoren etwas ganz wichtiges. Wir alle werden wohl nie Sozialgesetzbuch-Experten, ich habe es aufgegeben. Auch bei unserer Buchrecherche haben wir uns immer etwa mit den Alten- und Service-Zentren, mit den Schuldnerberatungen und dem Sozialamt unterhalten. Die haben uns dann diese komplizierten Fälle erklärt. Was man aber tun kann: Man kann Ältere oder auch andere Bedürftige darauf hinweisen, sie mögen zu sogenannten Clearing-Stellen gehen oder beim Bürgeramt anrufen; in München sollten sie zu den Alten- und Service-Zentren gehen.

Nochmal: München hat diese einmaligen Institutionen, die von verschiedenen Betreibern geführt und von der Landeshauptstadt finanziert werden.



Irene Götz: „Der Blick auf Alter als Kostenfaktor der überlasteten Sozialkassen hat den Blick für die Belastungen der Älteren selbst verstellt.“



Sabine Walper: „Gerade die Armut in den allerersten Lebensjahren birgt langfristig die stärksten Risiken für die Entwicklung der Kinder.“

Das sind niedrigschwellige Angebote in jeder Nachbarschaft – viele wissen das gar nicht. Wir haben im Interview mit den alten Frauen dann gefragt: Kennen Sie Ihr Alten- und Service-Zentrum? „Nein, kennen wir nicht.“ Da gibt es Beratungsstunden, die nichts kosten und die darauf hinweisen, wo es Hilfsangebote gibt. Wo kann ich günstig oder umsonst auch kulturell teilhaben? München-Pass. Ich will jetzt hier nicht Werbung machen für München, aber es gibt

nicht leisten können, einmal im Monat an einer Sport- oder Kulturveranstaltung teilzunehmen. Ist so etwas auch Teil von gesellschaftlichem Engagement, dass wir dabei nicht mit Geld helfen, sondern Tipps geben und sagen, sie sollen in diese Zentren oder anderswo hingehen, wo es Hilfe gibt? Gilt das auch für die Unterstützung der Kultur, Bildung und Freizeitangebote, damit eine gesellschaftliche Teilhabe möglich ist?

Kurz gesagt: In der von Nina Bovensiepen, Ressortleiterin München, Region und Bayern der SZ, moderierten Diskussion zeigte sich Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter erschrocken darüber, dass selbst in einer so reichen Stadt wie München, in der allein der städtische Haushalt mehr als sieben Milliarden Euro umfasst, Armut tagtäglich sichtbar ist. Ein Erlebnis auf dem Flohmarkt sei ihm besonders nahe gegangen: als er selbst mitbekam, wie eine Frau ein liebgewonnenes Stück verkaufen musste, um sich überhaupt noch im kommenden Monat die Miete leisten zu können.

hier sehr viel. Nur kommt es bei den Leuten nicht an. Deswegen: zivilgesellschaftliche Engagements stärken, natürlich spenden, aber auch helfen, dass die Betroffenen oder potenziell Betroffenen, denen man ihre Bedürftigkeit ja nicht ansieht, dass auch diese zu solchen Anlaufstellen gehen und sich Hilfe holen.

Nina Bovensiepen: Ich komme noch einmal kurz auf den Münchner Armutsbericht zu sprechen, bevor wir allmählich zum Ende kommen. 14,5 Prozent der armen Haushalte haben angegeben, dass sie es sich nicht leisten können, die Wohnung angemessen zu heizen. Weiter 44 Prozent geben an, dass sie es sich

Sabine Walper: Absolut. Das Problem der Information – habe ich überhaupt einen Überblick, worauf ich einen Anspruch hätte, was mir also eigentlich die Gesellschaft bieten könnte –, bei dieser Information hapert es hinten und vorne. Das sieht man auch bei der Familien- und Kinderarmut. Gerade die verfügbaren Leistungen sind ein völlig differenziertes Feld von bundes- oder landesgesetzlichen Regelungen im Steuer- und Sozialrecht. Vieles wird gar nicht in Anspruch genommen. Insofern glaube ich, dass man mit verbesserter Information schon einen ganz deutlichen Schritt weiterkommt. Aber was nicht weniger wichtig ist und gebraucht wird, sind



Johanna Rumschöttel (SPD), Mitglied im Allgemeinen Rat der Katholischen Akademie und frühere Landrätin von München (li.), mit ihrem Mann, Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, ehem.

Generaldirektor der Bayerischen Staatlichen Archive, und Hiltrud Schönheit, Vorsitzende des Katholikentrats in der Region München.

gute Bedingungen für die kulturelle Teilhabe oder Teilhabe am sozialen Leben. Wir wissen, dass Kinder in Armutslagen deutlich seltener in Vereinen sind. Der Sportverein mag noch gehen, aber schon bei der Musikschule wird es sehr viel kritischer. Insofern müssen wir wirklich schauen, was wir anbieten oder niederschwelliger gestalten können, so dass Kinder besser einbezogen werden und auf breiter Basis teilhaben am sozialen Leben der Anderen bzw. an dem, was wir an kulturellen Anregungen in unserer Gesellschaft bieten und brauchen.

Nina Bovensiepen: Der Blick auf die Uhr zeigt, dass die Zeit um ist. Man könnte noch sehr lange über dieses Thema reden. Ich danke Ihnen für die Ideen, die Sie eingebracht haben, und kann, wie angekündigt, noch mit einer guten Botschaft enden: Es geht um ein Projekt, das Hilfe auch dringend braucht. In der Messestadt Riem, in der mehr als 15.000 Menschen aus 120 Nationen zusammenleben, und die zugleich der kinderreichste Stadtteil in München ist, gibt es bisher keine Kinder- und Jugendarztpraxis, was dazu führt, dass viele Arztbesuche ganz unterbleiben, weil die Familien nicht irgendwo anders hinkommen und es sich nicht leisten können oder die Zeit nicht haben. Da freue ich mich, heute Abend mitteilen zu können, dass mehrere Partner gemeinsam etwas dagegen tun. Die Stadt München und der Adventskalender werden die Einrichtung dieser Kinder- und Jugendarztpraxis mit 140.000 Euro unterstützen.

Dieter Reiter: Dafür würde ich mich einfach gern bedanken, weil es ein klassisches Beispiel ist, dass hier die Stadt auch helfen würde, aber zunächst nicht helfen darf. Ich habe alle möglichen Gespräche geführt, aber wir dürfen diese Einrichtungsgegenstände für eine Kinderarztpraxis bei einem am Markt agierenden Berufsbild nicht von uns aus zahlen. Aber es war uns ein wichtiges

Anliegen, im kinderreichsten Stadtteil auch eine Kinderarztpraxis hinzubekommen. So etwas ist eigentlich unglaublich, da stimmt etwas am System nicht – aber da wären wir schon wieder bei einem neuen Thema, nämlich dem Gesundheitswesen in unserer Republik. Also: Aufgaben gäbe es genug. Ich bedanke mich jedenfalls, dass der Adventskalender hier eingesprungen ist. Und überhaupt kann ich sagen, dass ich mit Christian Krügel jedes Jahr über die Projekte gesprochen habe, und dabei sind immer sehr vernünftige, tolle Projekte entstanden. Dinge, die wir nicht selber kurzfristig oder unbürokratisch lösen können, kann man mit Spenden gut lösen. Herzlichen Dank dafür.

Nina Bovensiepen: Auch von meiner Seite vielen Dank, zuerst an die drei auf dem Podium und besonders an alle Spender und Sie fürs Zuhören. □

Presse

Süddeutsche Zeitung

15. September 2018 – Was die Stadt tun kann, ist eine Frage, mit der SZ-Lokalchefin Nina Bovensiepen beim Podiumsgespräch OB Dieter Reiter konfrontiert. Reiter weiß natürlich auch, „dass viele ältere Menschen sich die Wohnung wegen steigender Mieten nicht mehr leisten können.“ Zwar sei der Mangel an bezahlbarem Wohnraum seit vielen Jahrzehnten ein Problem in München, in jüngster Zeit aber habe sich die Situation zugespitzt, weil die Stadt jährlich um bis zu 25.000 Menschen wachse.

Wolfgang Görl